



Antrag

der Abgeordneten **Katja Weitzel, Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann SPD**

Katastrophaler Zustand in bayerischen Studierendenwohnheimen – Staatsregierung muss handeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bayerischen Studierendenwerke in die Lage zu versetzen, dass die Studierendenwohnheime in ganz Bayern grundlegend modernisiert werden können, um sichere und zeitgemäße Wohnbedingungen für Studierende zu schaffen. Dazu sollen in Zusammenarbeit mit den Studierendenwerken insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Landesweite Bestandsaufnahme und Mängelbericht zu Studierendenwohnheimen: Umsetzung einer umfassenden und landesweiten Bestandsaufnahme des baulichen Zustands sämtlicher Wohngebäude der bayerischen Studierendenwerke. Dabei sind bestehende bauliche, sicherheitsrelevante, gesundheitliche und energetische Mängel systematisch zu erfassen, zu bewerten und zu priorisieren. Die Ergebnisse sind in einem Mängel- und Sanierungsbericht zusammenzuführen und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Landtags vorzulegen.
- Unverzügliche Sanierung gesundheitsgefährdender Wohnheime: Auflage eines Sonderprogramms zur Sanierung von Studierendenwohnheimen. Priorität haben dabei gravierende Mängel wie Schimmelbefall, Feuchtigkeitsschäden, unzureichende Sanitär- und Gemeinschaftsbereiche sowie bauliche Missstände, die eine Gesundheitsgefährdung darstellen.
- Ausreichende und dauerhafte Finanzierung der Studierendenwerke: Die Grundfinanzierung der bayerischen Studierendenwerke ist deutlich zu erhöhen, um den laufenden Betrieb, die Instandhaltung des Gebäudebestands sowie notwendige energetische und bauliche Sanierungen nachhaltig sicherzustellen.
- Neubauoffensive für studentisches Wohnen: Zur Entlastung des angespannten studentischen Wohnungsmarkts ist ein landesweites Neubauprogramm für Studierendenwohnheime aufzulegen. Ziel ist eine deutliche Ausweitung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum für Studierende, insbesondere an Hochschulstandorten mit starkem Nachfrageüberhang.
- Transparenz und Kontrolle: Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag jährlich über den baulichen Zustand, die finanzielle Situation der Studierendenwerke sowie den Fortschritt von Sanierungs- und Neubauprojekten zu berichten.

Begründung:

Die Berichte über die Zustände in bayerischen Studierendenwohnheimen sind alarmierend. Ein Artikel der Süddeutschen Zeitung zeigt eindrücklich die gravierenden Missstände: Schimmelbefall, Feuchtigkeitsschäden, kaputte Fenster, marode Böden, ungepflegte Sanitäranlagen, defekte Heizungen, beschädigte Möbel und vernachlässigte Gemeinschaftsbereiche. Viele Studierende leben in Räumen, die weder hygienisch noch baulich den Mindeststandards entsprechen. Diese Zustände gefährden nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern belasten auch das psychische Wohlbefinden und die Konzentration – beides essenziell für ein erfolgreiches Studium.

Besonders brisant: Die Mängel bestehen seit Jahren, doch die Studierendenwerke können wegen fehlender Mittel keine grundlegenden Sanierungen vornehmen. Sie betonen, dass das Budget bereits für den laufenden Betrieb und kleinere Reparaturen ausgeschöpft ist. Größere Renovierungen bleiben aus, der Sanierungsstau wächst und die Lage der Studierenden verschlechtert sich weiter.

Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume nennt die Zustände „unhaltbar“. Doch als zuständiger Staatsminister trägt er die Verantwortung für die Finanzierung der Studierendenwerke und damit für angemessene Wohnbedingungen. Statt die Missstände nur zu benennen, muss er dringend handeln. Dass dies bisher nicht ausreichend geschehen ist, verschärft die Krise. Die in der Presse gezeigten Wohnheime sind in München, Studierende aus anderen bayerischen Regionen berichten jedoch über vergleichbare bauliche Zustände in ihren Wohnheimen.

Die Kombination aus gravierenden baulichen Mängeln, chronischer Unterfinanzierung und wachsendem Bedarf an Wohnraum erfordert sofortiges Handeln des Freistaates. Nur ein Sonderprogramm zur Sanierung, eine deutliche Erhöhung der Grundfinanzierung, ein verbindlicher Stufenplan zum Abbau des Sanierungsstaus und eine landesweite Neubauoffensive können die Situation entschärfen. So würde die Staatsregierung ihrer Verantwortung gerecht, sichere und zeitgemäße Wohnbedingungen zu schaffen und den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten.

Seit Jahren dramatisch ist auch das geringe Angebot an bezahlbaren Wohnplätzen für Studierende. Die Zahl der Studierenden in Bayern hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Gleichzeitig hat sich die Unterbringungsquote von Studierenden in geförderten Studierendenwohnheimplätzen kontinuierlich verschlechtert. Lag sie 2012 noch bei 10,96 Prozent, konnten im Wintersemester 2022/2023 nur noch 9,3 Prozent der Studierenden einen geförderten Wohnheimplatz erlangen (Quelle: Wohnraum für Studierende, Statistische Übersicht des Deutschen Studierendenwerks 2025). Noch immer stehen in München Tausende von Studierendenwohnungen wegen verschleppter Sanierungen in der Studentenstadt Freimann leer. Trotz seit Jahren bekannter gravierender baulicher und sicherheitsrelevanter Mängel wurden notwendige Sanierungsmaßnahmen wiederholt aufgeschoben oder nur unzureichend vorangetrieben. Die späte Reaktion der Staatsregierung hat dazu geführt, dass sich der Zustand der Wohnanlage weiter verschlechterte und die Belastung für die dort lebenden Studierenden erheblich erhöht hatte. Eine frühzeitige und konsequente Wahrnehmung der staatlichen Verantwortung hätte die aktuellen Missstände vermeiden oder zumindest abmildern können.

Die Wartezeiten für Wohnheimplätze betragen häufig mehrere Semester. Jedes Jahr müssen Tausende Studierende mit anderen Haushalten mit niedrigem Einkommen auf dem freien Markt um bezahlbaren Wohnraum konkurrieren. Explodierende Mietpreise in den bayerischen Großstädten haben längst dazu geführt, dass bezahlbares Wohnen die Entscheidung über den Studienort bestimmt. Nicht Talent und Interesse sind somit ausschlaggebend für die Wahl des Studien- oder Ausbildungsortes, sondern die finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

Der Landtag muss regelmäßig über den Fortschritt von Sanierungen, Neubauten und die finanzielle Lage der Studierendenwerke informiert werden. Nur so lassen sich Transparenz herstellen und Verpflichtungen nachvollziehen.